

Die C-Frage...

Wie hast Du's mit der Religion, Union?¹

In diesem Blog-Beitrag geht es um die „Gretchen-Frage“ der C-Parteien, die „C-Frage“. Es geht also darum, wie christlich die Politik von CDU und CSU sein sollte. Zur Veranschaulichung dieser Frage gibt der Beitrag nach einer kurzen Einleitung (A.) zunächst einen geschichtlichen Überblick über das Verhältnis von Christentum und Politik, von den Anfängen bis in die Neuzeit (B.). Schließlich versucht er, Kernelemente christlicher Politik in der Heiligen Schrift zu verorten und die erarbeiteten Ergebnisse thesenartig darzustellen (C.).

A. Einleitung

In Sonntags- und Parteitagsreden wird häufig das „(Hohe) C im Namen der Partei“ und das „Christliche Menschenbild“ beschworen. Zum Glück hakt dann - in sozusagen „weihrauchgeschwängelter Luft“ - keiner der Anwesenden hartnäckig nach, was das denn bedeute. Denn außer ein paar Floskeln würde der Frager wahrscheinlich nur die Verlegenheit des Vortragenden ernten ... Es ist nicht so, als gäbe es keine ausgefeilte christliche Soziallehre, jeweils katholischer und protestantischer Prägung. Auch zum Stichwort „Christliches Menschenbild“ finden sich eine Vielzahl ausgearbeiteter Erläuterungen im Internet. Und wahrscheinlich steht zu dieser Thematik in guten Bibliotheken das ein oder andere Bücherregal bereit. Dies ändert jedoch nichts an der traurigen Tatsache, dass eine **offene, klar erkennbare und originär christliche Politik praktisch ein Schattendasein führt**. Dies liegt auch daran, weil nicht offenkundig klar ist, was „christliche Politik“ eigentlich heißt. So kann man einen Unionspolitiker relativ leicht in Verlegenheit bringen mit dem hämisch-schulmeisterlichen Hinweis, seine Politik sei „ja wenig christlich“ – und dieses Verhalten haben linke Politiker dutzendfach erprobt.² Es stellt sich somit mit Nachdruck die Frage: **Was bedeutet eigentlich christliche Politik?**

¹ Mein besonderer Dank gilt Dr. Dr. Ralph Weimann für seine kritischen Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge zu diesem Text.

² Vgl. etwa M. Korfmann, NRW-Grünen-Chef wirft Laschet „unchristliche“ Aussagen vor, WAZ v. 18.08.2021, abgerufen am 17.11.22 unter <https://www.waz.de/politik/landespolitik/nrw-gruenen-chef-wirft-laschet-unchristliche-aussagen-vor-id233075277.html>.

B. Historischer Überblick

Wer christliche Politik begreifen will, muss zurückgehen zu Christus und damit zum Neue Testament. Und wer das tut, der wird im Matthäusevangelium in Kapitel 5,1-7,29 auf eine große, nein: *Die* große Programmrede Christi stoßen: **Die Bergpredigt.**³ Doch war die Bergpredigt als politische oder gar als „Wahlprogramm-Rede“ gemeint? Dies sicherlich nicht, denn – so berichtet der Evangelist – *„als Jesus diese Rede beendet hatte, war die Menge voll Staunen ...; denn er lehrte sie wie einer, der Vollmacht [von Gott] hat, und nicht wie ihre [auch politisch agierenden!] Schriftgelehrten“* (Mt. 7, 28 f.). Die Bergpredigt preist jene selig, die arm sind vor Gott. Dies bedeutet – ganz im Gegensatz zur marxistischen Doktrin - nicht materielle Armut, sondern geistige Freiheit und Unabhängigkeit! In diesem Sinn ist sie – auch politisch - revolutionär, weil das Leben erst von Gott her seinen Sinn erhält. Die göttlichen Gesetze sind dabei Hilfen auf dem Weg zu einem erfüllten Leben. Es bleibt jedoch jedem selbst überlassen, sich danach zu richten oder nicht. Die Konsequenzen sind vor allem für das Jenseits relevant.⁴ **Daher fordert die Bergpredigt keine Theokratie, keinen Gottesstaat.** Jesus spricht vom „Himmelreich“ und dieses himmlische Reich („das Reich Gottes“) ist offenkundig etwas anderes, als die irdischen, menschengemachten Reiche⁵. **Die Bergpredigt** regt daher zu christlichem Handeln im Diesseits an, was sich in der Regula Aurea (**Goldenen Regel**) widerspiegelt⁶, einer genial einfachen und empathischen Formel für ein christliches Leben. Diese Regel kann und sollte natürlich auch im Politikbetrieb angewandt werden. **Ein bestimmtes christliches politisches Programm gibt sie darüber hinaus allerdings nicht. Ganz im Gegenteil:** Sie trennt zwischen irdischer und weltlicher Macht und gibt sich somit unpolitisch. Dieses Verständnis zeigt sich klar in einem anderen Bibelwort, nämlich in Mt. 22, 21: *„So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“*⁷

Augustinus von Hippo hat sich mit diesem Verhältnis von himmlischen Gottesstaat (Christliche Moral) und irdischem Menschenstaat (Politik) in seiner Schrift **De Civitate Dei**⁸ ausführlich auseinandergesetzt.⁹ Im 11. Buch, 1. Abschnitt, spricht

³ Auf die ähnliche, aber kürze und auch klarere „Feldrede“ bei Lukas (LK 6, 17 – 49, abrufbar unter <https://www.bibleserver.com/EU/Lukas6>) soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

⁴ *Freut euch und jubelt: Denn euer Lohn wird groß sein im Himmel*“, Mt. 5, 12

⁵ Zum Konzept Staat Gottes – Irdischer Staat vgl. die Ausführungen zu Augustinus von Hippo.

⁶ Mt. 7,12: *„Alles, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut auch ihnen!“*

⁷ Das Gleichnis findet sich auch bei Markus, vgl. Mk 8,27-16,20.

⁸ Augustinus v. Hippo, De Civitate Dei – 22 Bücher über den Gottesstaat, Deutsche Fassung, abgerufen am 17.11.22 unter Uni Friburg, A. v. Hippo, 22 Bücher über den Gottesstaat, abrufbar unter [Bibliothek der Kirchenväter \(unifr.ch\)](https://www.unifr.ch/bibliothek).

⁹ Hiermit setzt sich wiederum J. Ratzinger in seiner Dissertation *„Volk und Haus Gottes in Augustinus Lehre von der Kirche“* (München, 1953, Freiburg i. Br., 1954) ausführlich auseinander. Die Untersuchung zum Verhältnis von Kirche und Staat finden sich dort in den §§ 21 – 24.

Augustinus, unter Bezug auf die Heilige Schrift vom „Gottesstaat“, der Civitas Dei. Diesem Gottesstaat ist der weltliche Staat, die Civitas Terrena, entgegengestellt. Oder vielmehr beigestellt.¹⁰ Denn beide Welten existieren bei- und miteinander. Augustinus wendet sich in seiner Schrift nicht gegen das kaiserliche Rom und damit gegen den seinerzeit schon schwächlichen Vertreter der weltlichen Herrschaft.¹¹ Auch für Augustinus sind somit christlicher Glaube und weltliche Politik **weitgehend überschneidungsfrei, sind also grundsätzlich voneinander zu trennen.**¹² Dennoch ist seine Darstellung der zwei Reiche in der Folge Anknüpfungspunkt für die weitgehende Verknüpfung von Staat und Kirche im Mittelalter geworden.

Im Gegensatz zur Bergpredigt und auch zur Philosophie des Augustinus werden Religion und Politik im christlichen Mittelalter in ein besonderes „Unterordnungsverhältnis“ zueinander gesetzt und zwar in der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen Papst und Kaiser Dies beginnt mit Papst Gelasius im Jahr 494, der erstmals eine 2-Gewaltenlehre in Bezug auf kirchliche und weltliche Macht formulierte, und damit gegen den Cäsaropapismus Ostroms anging.¹³ Hieraus entwickelte sich dann die **2-Schwerterlehre**, die das Verhältnis zwischen Papst und Kaiser, Kirche und weltlicher Macht, für den Rest des Mittelalters bestimmen sollte. Im späten Mittelalter verschmelzen schließlich, im Gegensatz zum Zeitalter des Augustinus von Hippo, Christentum und Politik immer mehr. **Jegliches Regierungshandeln musste nun – zumindest formal - gottgefällig sein.**¹⁴

¹⁰ A. a. O., Buch 11, Abs. 1: *„Jetzt aber werde ich [...] die Erörterung über Ursprung, Entwicklung und verdienten Ausgang der beiden Staaten, des weltlichen und des himmlischen, die, wie erwähnt, in dieser Zeitlichkeit vorläufig ineinander gleichsam verflochten und vermengt sind, nach Maßgabe meiner Kraft, [...] in Angriff nehmen und zuerst davon handeln, wie Anfänge dieser beiden Staaten in der Verschiedenheit der Engel vorausgegangen sind“.*

¹¹ Augustinus hätte hierzu auch wenig Veranlassung gehabt, war doch das Christentum im Römischen Reich seit 380 n. Chr. Staatsreligion. Allerdings mussten sich die Christen gegen Anwürfe der Polytheisten („Paganer“) wehren, sie seien am (Sitten-)Verfall des Reiches mit schuld. Dieser Verfall nahm mit der mit der Völkerwanderung schon fast apokalyptische Züge an und 410 n. Chr. plünderten die Westgoten Rom, was von den Zeitgenossen als Katastrophe empfunden wurde. Folglich sind die ersten 10 Bücher der zwischen 412 und 426 verfassten De Civitate Dei eine Verteidigungsrede gegen diese Anwürfe. Die darauffolgenden 7 Bücher sind ein Parforce-Ritt durch Philosophie, Politik und Polytheismus der vorchristlichen Antike, vgl. Augustinus, Buch 18, Abs. 1. Augustinus sieht somit Gottesstaat und Menschenstaat somit weniger durch die „politische, als durch die religiöse Brille“, was sich auch schon im Titel der Schrift („... contra Paganos“) niederschlägt. Der „Gottesstaat“ ist somit kein weltlicher Staat, sondern ein Anfangs geringerer, dann immer größerer Zustand der Glückseligkeit am Ende der Welt, der durch Christi Geburt in Lauf gesetzt wurde!

¹² Hierin besteht ein wesentlicher Gegensatz zum Islam, in dem Glaube und Politik weitestgehend miteinander verwoben, bzw. in extremer Ansicht sogar deckungsgleich sind.

¹³ Vgl. diesbez. die Darstellung unter Wikipedia, Stichwort „2-Schwerter-Theorie“, abgerufen am 17.11.2022 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Zwei-Schwerter-Theorie>.

¹⁴ So mögen uns die Kreuzzüge oder die Religionskriege des Mittelalters und der frühen Neuzeit aus heutiger Sicht wenig christlich erscheinen. Die Zeitgenossen glaubten jedoch, den „wahren Glauben“ zu verteidigen und somit eine christliche Tat zu begehen. Deus lo vult!

Dieser Ansatz bleibt auch nach der Klärung des Investiturstreits durch das Wormser Konkordat¹⁵ 1122 im Kern bestehen und spiegelt sich im Gottesgnadentum (die Monarchie ist gottgegeben!) und im Bündnis von „Thron und Altar“ wider. Folglich kann man in Westeuropa während des gesamten Mittelalters und der frühen Neuzeit **nicht eindeutig zwischen „christlichen Politik“ und allgemeinen Politik unterscheiden**. Als Besonders einleuchtend sei hier das Beispiel der Könige von Frankreich genannt. Diese bezeichneten sich selbst spätestens seit Ludwig XI (König seit 1461) als „allerchristlichste Könige“.¹⁶ Konnte man von ihnen etwas anderes als eine (formal) „christliche Politik“ erwarten?

Nominell christliche Politik und christliche Parteien treten in Europa daher erst auf den Plan, als **Reformation, Aufklärung und Französische Revolution**¹⁷ den Allmachtsanspruch der Kirche in Frage stellen. Der Terminus „**Christdemokratie**“ wird erstmals durch A-A. Lamourette (Abgeordneter und seit 1791 (römischer) Bischof von Lyon) am 21.11.1791 bei einer Rede in der französischen Nationalversammlung verwendet.¹⁸ Es ist somit nicht verwunderlich, dass sich „Christliche Parteien“ erst ab dem 19. Jahrhundert zeigen. Und sie zeigen sich insbesondere dort, wo sich der Katholizismus in Opposition zur herrschenden Klasse, bzw. herrschenden öffentlichen (Intellektuellen-) Meinung befindet.¹⁹ Man könnte daher für diesen Zeitraum vielleicht eher von „Catholikademokratie“, denn von „Christdemokratie“ sprechen!²⁰

Doch was sind die Treiber und die spezifisch „**christliche Programmatik**“ **dieser frühen „christlichen Parteien“ in Deutschland**²¹? Es sind in dieser Zeit im Wesentlichen zwei Aspekte: Zum einen die Gegenwehr gegen staatliche Repression

¹⁵ Vgl. diesbezüglich Wikipedia, Stichwort „Wormser Konkordat“, abgerufen am 17.11.2022 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Wormser_Konkordat.

¹⁶ Vgl. [Heinrich Joseph Wetzer](#), [Benedikt Welte](#): *Kirchenlexikon oder Encyclopädie der katholischen Theologie und ihrer Hilfswissenschaften*, Eintrag *Allerchristlichster König*, Band 1, 1847, abgerufen am 17.11.2022 unter <https://books.google.de/books?id=D3hPAAAAYAAJ&pg=PA173&dq=allerchristlichster+k%C3%B6nig&hl=de&sa=X&ei=nojfUbTTGse2Pc7SgcAI#v=onepage&q=%22allerchristlicher%20k%C3%B6nig%22&f=false>.

¹⁷ Vgl. etwa zur sog. „Jakobinischen Entchristianisierung“ Wikipedia, Stichwort „Entchristianisierung“, abgerufen am 17.11.2022 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Entchristianisierung>.

¹⁸ Vgl. Wikipedia, Stichwort „Christdemokratie“, abgerufen am 17.11.2022 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Christdemokratie>.

¹⁹ In Frankreich seit dem Sieg des „bloc républicain“ 1902, in Deutschland, insbesondere im Kulturkampf, in der Schweiz seit dem Sonderbundskrieg 1847.

²⁰ Diese Bezeichnung bezieht sich ausdrücklich auf die politische Organisation. Natürlich wurden auch schon vor dem 1. Weltkrieg in protestantischen Kreisen eine christliche Sozialethik entwickelt, die nach dem 2. Weltkrieg auch in die Programmatik der CDU einfluss. Beispielhaft sei diesbezüglich der „Evangelisch-Soziale Kongress“ (seit 1890) erwähnt. Vgl. zum Ganzen den Eintrag „Evangelische Sozialethik“ unter https://de.wikipedia.org/wiki/Christliche_Soziallehre#Evangelische_Sozialethik, sowie M. Honecker, *Evangelische Sozialethik*, in: KAS, *Geschichte der CDU*, abgerufen am 17.11.22 unter <https://www.kas.de/de/web/guest/geschichte-der-cdu/evangelische-sozialethik>.

²¹ Auf das wir uns der Übersicht halber im Rahmen dieses Blogs beschränken wollen!

gegenüber der (katholischen) Kirche und ihren Institutionen (konfessionelle Ehe & Schulwesen) in Preußen, Baden und Bayern (Stichwort: **Kulturkampf**²²). Zum anderen aber die „soziale Frage“, das „**rerum novarum**“, von dem die gleichnamige Enzyklika von Papst Leo XIII aus dem Jahr 1891 spricht. Der erste Aspekt führte maßgeblich zum parteipolitisch organisierten Katholizismus (Fraktionsbildung der Deutschen Zentrumspartei im Preußischen Abgeordnetenhaus 1870). Der zweite Aspekt führten zu einem starken sozialpolitischen Profil der Zentrumspartei und ihres sozio-politischen Umfelds (1890: Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“). Die Zentrumspartei als maßgebliche christliche Partei dieser Zeit vertrat damit einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Liberalismus. Dieser Dritte Weg legitimierte sich durch die Enzyklika rerum novarum aus allgemeinen Gerechtigkeitserwägungen²³ und dem christlichen Menschenbild.²⁴ Aus diesen Quellen leitete der politische Katholizismus die Grundwerte von **Freiheit, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit, sowie die Prinzipien der Subsidiarität, der Solidarität und des Gemeinwohls** ab. Diese Grundwerte können auch heute noch zum Kernbestand christlicher Politik gezählt werden.

Nach dem 2. Weltkrieg erlebten christdemokratische Parteien in Europa einen Boom²⁵, weil sie das Kunststück fertigbrachten, **sowohl sozial als auch liberal und konservativ** aufzutreten. Die Christdemokraten konnten somit fast das gesamte politische Spektrum abdecken, zu Volksparteien werden und gleichzeitig den komfortablen Platz in der rechten Mitte (= koalitionsfähig in (fast) alle Lager!) einnehmen. Zudem hatten sie in Deutschland und Italien die Zeit des Faschismus weitestgehend unbefleckt überstanden und galten als sichere „Dammmauer“ gegen

²² Vgl. zum Kulturkampf in Preußen etwa die Darstellung in der Wikipedia, Stichwort „Kulturkampf“, abgerufen am 17.11.2022 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Kulturkampf>.

²³ Recht auf einen gerechten Lohn nach getaner Arbeit und das daraus abgeleitete Recht auf Privateigentum.

²⁴ Mensch als Geschöpf Gottes, das unvollkommen, jedoch mit Würde ausgestattet ist, und trotz seiner Verschiedenartigkeit grundsätzlich gleich zu behandeln ist, vgl. A. Baumgartner, Christliches Menschenbild, in: KAS, Geschichte der CDU, abgerufen am 17.11.22 unter [Christliches Menschenbild - Geschichte der CDU - Konrad-Adenauer-Stiftung \(kas.de\)](https://www.kas.de/Christliches_Menschenbild_Geschichte_der_CDU_-_Konrad-Adenauer-Stiftung) Eine umfangreichere Definition des Christlichen Menschenbildes findet sich in: A. Baumgartner, Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Hg.: von Winfried Becker, Günter Buchstab u.a. Paderborn 2002, Stichwort „Christliches Menschenbild“, S. 676 – 679. Demnach sind typ-prägende Merkmale des Christlichen Menschenbildes • beschränktes und vergängliches Geschöpf Gottes • mit Freiheit, Würde und Vernunft ausgestattet • Gestalter der Umwelt, aber Teil der Schöpfung • befähigt, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden und für diese Entscheidung verantwortlich.

²⁵ So etwa in Belgien (Christelijke Volkspartij), Luxemburg (Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei), in Italien (Democrazia Cristiana) und natürlich in Deutschland (Christlich Demokratische Union). In all diesen Ländern hatten nominell christdemokratische Parteien starken Einfluss auf die Nachkriegsregierungen und stellten regelmäßig den Regierungschef.

eine „bedrohliche rote Flut“ aus dem Osten.²⁶ Ab etwa dem Jahr 1990 kam es dann aber zu einem mehr oder weniger großen Bedeutungsverlust der Christdemokratie,²⁷ der bis heute anhält. Und es stellt sich die Frage, wofür diese Parteien **heute stehen und wofür sie eigentlich stehen sollten**, um weiterhin erfolgreich zu sein. Einige fordern etwa, das C aus dem Namen der Unionsschwestern zu tilgen,²⁸ und so dem Beispiel der schweizerischen CVP zu folgen, die nun „**Die Mitte**“ heißt.²⁹

C. Kernelemente christlicher Politik

Damit sind wir wieder bei der Ausgangsfrage dieses Blogs, der **Frage, was christliche Politik wirklich bedeutet und wie weit die Politik der Union „christlich“ sein sollte**, angelangt. Unsere Diskussion um die Bergpredigt hat gezeigt, dass das Neue Testament Ausgangspunkt dieser Frage sein sollte, dass aber die Aussagen der Bibel im Allgemeinen und der Bergpredigt im Besonderen **nicht verabsolutiert** werden dürfen. Es gibt demnach **kein geschlossenes christliches Parteiprogramm**,³⁰ dass sich aus der Bibel eins zu eins entnehmen ließe. Dies ist auch gut so, da wir sonst in Deutschland möglicherweise ähnliche Zustände hätten, wie in der Islamischen Republik Iran, nur unter christlichen Vorzeichen. Denn der Islam ist nach eigener Auffassung nicht nur Religion, sondern auch Staatsphilosophie und Gesetzbuch. Die Diskussion um die 2-Reiche-Lehre hat gezeigt, dass es auch nach Augustinus kein Himmelreich anstelle eines Erdenreiches gibt, zumindest nicht vor dem Ende der Welt. Natürlich gibt es seit Christus das Himmelreich auf Erden. Und wir können alle durch unsere Taten dazu beitragen, dass dieses (geistige) Reich wächst und zum Wohle aller gedeiht. Es besteht aber kein Auftrag, das Erdenreich in ein christliches Himmelreich umzuwandeln. Dies wäre sogar eine gefährliche Utopie, denn

²⁶ In Italien wird das Verhältnis „rot gegen schwarz“ beispielhaft durch die Geschichten von „Don Camillo und Peppone“ symbolisiert.

²⁷ 1993 Auflösung der Democrazia Christiana, 2013 Verlust der fast ununterbrochenen Regierungsmacht der CSV, 2021 Schlechtestes Wahlergebnis der Union bei einer Bundestagswahl.

²⁸ So etwa A. Rödder in einer Analyse zur Niederlage bei der Bundestagswahl 2021, vgl. diesbezüglich o. A., Merz: "C" gibt der Partei "Orientierung, Halt und Demut", abgerufen am 17.11.2022 unter <https://www.katholisch.de/artikel/33047-merz-c-gibt-der-partei-orientierung-halt-und-demut>. Demnach könne „in einer zunehmend entchristlichten Gesellschaft ... das "C" eine Barriere für Nichtchristen sein“ (a. a. O.). Vgl. insgesamt auch R. Roßmann, Die CDU debattiert über das C, in: Süddeutsche v. 27.01.2022, abgerufen unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-partei-name-andreas-roedder-1.5516222>.

²⁹ Vgl. F. Schäfer, Neuer Name, alter Inhalt, in NZZ 04.09.2020, abgerufen am 17.11.2022 unter <https://www.nzz.ch/schweiz/neuer-name-alter-inhalt-die-cvp-spitze-will-unter-dem-namen-die-mitte-weitermachen-wie-bisher-ld.1575055>.

³⁰ Allerdings lassen sich durchaus bestimmte Prinzipien und Hinweise aus dem neuen Testament entnehmen. Beispielhaft sei etwa das Gleichnis von der armen Witwe erwähnt (Mk, 12-37-44). Diesem Gleichnis („Diese arme Witwe hat mehr in den Opferkasten hineingeworfen als alle andern. Denn sie alle haben nur etwas von ihrem Überfluss hergegeben; diese Frau aber, die kaum das Nötigste zum Leben hat, sie hat alles gegeben, was sie besaß!“) ließe sich etwa das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit im Bezug auf die Steuer- und Abgabenlast entnehmen.

wer den Himmel auf Erden verspricht und dessen Realisierung nach einer bestimmten Façon fordert, schafft vielmehr dort die Hölle der Intoleranz. Staat und Religion können grundsätzlich getrennt werden. Allerdings kann sich der Staat in seiner realen Ausformung ein **Beispiel an christlichen Werten und Prinzipien nehmen** und so die Wirklichkeit humaner gestalten. Es ist genau dies, was die Christliche Soziallehre bereits im 19. Jahrhundert entwickelt hatte. Freiheit, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit, sowie die Prinzipien der Subsidiarität, der Solidarität und des Gemeinwohls **sind christliche UND universale Werte, die auch von Juden, Moslems oder Atheisten hochgehalten werden können.**

Doch grundlegend und typisch für christliche Politik ist Folgendes: In Mk 12, 30 – 31 wird Christus befragt, was die wichtigsten Gebote seien. Er antwortet darauf wie folgt: *„Das erste ist: ... der Herr, unser Gott, ist der einzige Herr. Darum sollst du den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit deinem ganzen Denken und mit deiner ganzen Kraft. Als zweites kommt hinzu: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Kein anderes Gebot ist größer als diese beiden.“* In diesen beiden Geboten kommen zwei christliche Fundamentalprinzipien zum Ausdruck, die Prinzipien der **Gottes- und der Nächstenliebe**. Aus diesen beiden Fundamentalprinzipien können nun folgende **fünf Ziele einer real existierenden christlichen Politik** abgeleitet werden: die Fürsorge (Caritas), die Friedensliebe, die Bewahrung der Schöpfung, der Schutz der Familie und der Kinder (vgl. Mk. 10, 13-16) und die „Empathischen Gerechtigkeit“ gemäß der Regula Aurea (Mt 7,12). Diese fünf Ziele, wiewohl christlich untermauert, sind jedoch so universell, dass sie auch bei Nichtchristen Akzeptanz und Anerkennung finden können. Sie wären christliche Säulen, die auch in einer säkularen Gesellschaft mehrheitsfähig wären.

Ich möchte diesen Beitrag mit einigen **Thesen, Fragen und Antworten** schließen:

1. Es gibt, auch im weltanschaulich neutralen Staat gute Gründe für eine originär christliche Politik.
2. Das Neue Testament ist zwar keine politische Programmschrift. Elemente einer christlichen Politik lassen sich aus Kernsätzen des Neuen Testaments ableiten, etwa Mt. 7,12, Mk 12, 30 – 31 und Mt. 22, 21 .
3. Eine solche christliche Politik beruht auf christlich-universellen Prinzipien, wie Freiheit, Teilhabe, Subsidiarität und Solidarität.
4. Diese finden ihre staatliche Anwendung in Zielen wie Fürsorge, Friedensliebe, Bewahrung der Schöpfung, Schutz von Familie und Kindern und empathischer Gerechtigkeit.

Wie christlich sollte daher die Politik der Union sein?

Sie sollte sich von den oben unter 3. genannten Prinzipien bei der Verwirklichung der oben unter 4. genannten Ziele leiten lassen. Sie sollte somit versuchen, das Himmelreich auf Erden wachsen zu lassen, und damit die Welt ein kleines bisschen besser zu machen. Zum Wohle der ihr anvertrauten Menschen.

Sollte die Union das „C“ in ihrem Namen streichen?

Warum? Cui bono? Glaubt man, damit unter dem Strich auch nur eine Stimme mehr zu erhalten? Mitnichten! Ein Rebranding macht doch nur Sinn, wenn eine Marke völlig verbrannt oder mit einer neuen Identität gefüllt wird. Ist die Union denn schon so tief gesunken, bzw. so gewandelt? Es gehört zum Konservatismus, das zu bewahren, was sich bewährt hat. Wir vermögen nicht zu erkennen, das sich die oben genannten Ideale der CDU nicht bewährt hätten. Und selbst wenn man „CDU“ durch „Zentrum“ ersetzte: Würde ein reiner Namenswechsel von der Pflicht befreien, Inhalte und ein eigenständiges Profil zu entwickeln?

Die Union hat die Bundestagswahl nicht wegen des „C“, sondern wegen ihrer Beliebigkeit verloren. Es macht Sinn, ihr Profil wieder zu schärfen, insbesondere mit bewährten christlichen Prinzipien und Zielen. Denn diese sind fundiert. Wer darauf baut, ist wie ein kluger Mann. Wenn nun der Zeitgeist kommt und die Weltstürme toben und an dem Haus rütteln, dann stürzt es nicht ein.

Denn es ist auf 2000 Jahre alten Fels gebaut!